

TUTZINGER SCHRIFTEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Ursula Münch
Armin Scherb
Walter Eisenhart
Michael Schröder (Hrsg.)

Politische (Urteils-)Bildung im 21. Jahrhundert

Herausforderungen, Ziele, Formate



**WOCHEN
SCHAU
WISSENSCHAFT**

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts

Politische (Urteils-)Bildung im 21. Jahrhundert

**Herausforderungen,
Ziele, Formate**

Ursula Münch, Armin Scherb,
Walter Eisenhart, Michael Schröder (Hrsg.)

Politische (Urteils-)Bildung im 21. Jahrhundert

Herausforderungen, Ziele, Formate

Ursula Münch, Armin Scherb,
Walter Eisenhart,
Michael Schröder (Hrsg.)

Tutzinger Schriften zur
politischen Bildung
Band 9

**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die Reihe „Tutzingen Schriften zur politischen Bildung“ wird herausgegeben von der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Direktorin: Prof. Dr. Ursula Münch

© WOCHENSCHAU Verlag
Kurt Debus GmbH
Schwalbach/Ts. 2015

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Titelgestaltung: Ohl Design
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
Gedruckt auf chlorfreiem Papier
ISBN 978-3-7344-0190-9 (Buch)
ISBN 978-3-7344-0191-6 (E-Book)

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts

Inhalt

Vorwort	7
<i>Ursula Münch</i>	
Politische Bildung in der Bewährungsprobe Extremismen, Desinteresse, Apathie und der Ruf nach der Feuerwehr	11
<i>Heinrich Oberreuter</i>	
Das Politische als Kern der Politischen Bildung	29
<i>Bernhard Sutor</i>	
Politische Urteilsbildung Klärungsversuch zur Wertediskussion in der Politischen Bildung	43
<i>Armin Scherb</i>	
Konzeptionelle Entwicklungen der Politikdidaktik – von der Praktischen Philosophie zum Pragmatismus	63
<i>Andreas Brunold</i>	
Kompetenzorientierung in der Politischen Bildung – Anspruch und Wirklichkeit in Bayern	87
<i>Walter Eisenhart</i>	
Politik unterrichten in Bayern – oder: „Geschichte gehört einfach dazu“ Retrospektiven zum Stellenwert des Politikunterrichts bei der bayerischen Bildungspolitik	109
<i>Friedrich Wölfl</i>	
50 Jahre Sozialwissenschaftliches Gymnasium – Politische Bildung in der Nische	145

Peter Hampe

Mehr ökonomische oder politische Bildung
in der Schule? 171

Barbara Weishaupt

Politische Bildung in der Defizit-Situation
Praktikable Modelle für die Stärkung der politischen
Bildung an bayerischen Schulen 193

Stefan Rappenglück / Birgit Schmitz-Lenders

Außerschulische politische Bildung in Bayern 217

Michael Schröder

Politische Bildung in der digitalen Mediokratie 235

Manuela Pietraß

Demokratische Teilhabe durch soziale Medien?
Politische Medienkompetenz im digitalen Zeitalter 251

Stefan Rappenglück

Politik spielerisch erfahren
Planspiele und Simulationen in der
politischen Bildung 271

Boris Brokmeier

„Dass nichts bleibt, dass nichts bleibt, wie es war ...“
Neue Formen und Formate der politischen Bildung 287

Autorinnen und Autoren 303

Vorwort

Die Alarmsignale sind unüberhörbar: Sinkende Wahlbeteiligung auf allen Ebenen, stetiger Rückgang der Mitgliedschaften in Parteien und Verbänden, die Abwendung von der Politik in Teilen der Bevölkerung, zunehmender Populismus, wachsende Radikalisierung, Miss- und Verachtung des politischen Führungspersonals – und alles das bei fehlendem Wissen über die parlamentarische Demokratie und ihre Strukturen und Prozesse, begleitet von einem lauter werdenden Ruf nach Mitbestimmung, mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Die Fliehkräfte an den Rändern des politischen Spektrums scheinen stärker zu werden. Immer weniger Menschen vertrauen den Institutionen und Eliten in Politik und Wirtschaft, eine Erosion der freiheitlichen Grundordnung ist zu befürchten. Wohin derartige Fliehkräfte in einer Demokratie ohne Demokraten womöglich führen können, zeigt eindrucksvoll das Beispiel der Weimarer Republik und ihres Endes, das 1933 den nahtlosen Übergang in die nationalsozialistische Diktatur bedeutete.

In Sonntagsreden herrscht große Einigkeit darüber, dass politische Bildung* ein wirksames Mittel gegen Extremismus und Radikalisierung ist. Doch wie sieht am Montag die Realität aus? Politische Bildung führt an bayerischen Schulen – besonders am Gymnasium – seit Jahrzehnten ein Schattendasein. Politische Bildung als „fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip“ steht tatsächlich nur auf dem Papier, findet aber in der Realität kaum statt. Vor allem, weil es den Lehrkräften der anderen Fächer an den entsprechenden inhaltlichen, methodischen und didaktischen Kenntnissen der politischen Bildung fehlt.

* Bei der Groß- und Kleinschreibung des Begriffs „Politische bzw. politische Bildung“ wurde keine Vereinheitlichung angestrebt. Die Schreibweise folgt der jeweiligen Nutzung durch die Autorinnen und Autoren (und somit auch der damit verfolgten Intention).

In den außerschulischen Einrichtungen sieht es nicht viel besser aus. Deren Zahl geht kontinuierlich zurück. Die verbleibenden Bildungsstätten kämpfen um finanzielle Förderung und Personal, das häufig nur befristet und projektbezogen beschäftigt werden kann. Institutionelle, langfristig gesicherte Förderung ist die gebotene Alternative zur kurzfristigen, unsicheren Projektförderung.

Nach vermehrter politischer Bildung wird vor allem immer dann gerufen, wenn Extremisten durch Gewalt oder Wahlerfolge von sich reden machen. Doch wer nur auf diese kurzfristige Feuerwehrfunktion setzt, hat das Wesen politischer Bildung nicht verstanden. Eine stabile Demokratie braucht Demokraten. Die wachsen aber nicht auf Bäumen und fallen auch nicht vom Himmel (Theodor Eschenburg). Als Demokrat wird man nicht geboren (Michael Greven). Demokrat wird man durch eine wertgebundene, an Rationalität orientierte und kontinuierliche politische Bildung – durch alle Altersstufen hindurch und jederzeit.

Diesem Grundgedanken fühlt sich die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e. V. seit nunmehr 50 Jahren eng verbunden und buchstabiert ihr Kürzel „DVBP“ dementsprechend aus in „Demokratie Verlangt Politische Bildung“. Der bayerische Landesverband wurde 1966 in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing unter aktiver Beteiligung des dortigen wissenschaftlichen Kollegiums gegründet. Wir nehmen dieses Jubiläum zum Anlass für diesen gemeinsamen Sammelband. Er ist sowohl Rückblick wie auch Bestandsaufnahme und Ausblick auf die Herausforderungen für politische Bildung in einer globalisierten, digitalen Medienwelt.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Autorinnen und Autoren, die die Einladung zur Mitarbeit an diesem Band angenommen und ihre Zusagen fristgerecht eingehalten haben. Ebenso bedanken wir uns bei unseren beiden Mitherausgebern Dr. Michael Schröder (Akademie für Politische Bildung) und Dr. Walter Eisenhart (Eichstätt), die die Hauptlast bei der Vor-

bereitung, Organisation und Redaktion des Buches getragen haben. Ein ganz besonderer Dank geht an den Publikationsreferenten der Akademie für Politische Bildung, Dr. Thomas Schölderle, der mit der gewohnten Akribie und Präzision die Schlussredaktion übernommen hat.

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Prof. Dr. Armin Scherb
Vorsitzender des Landesverbands Bayern
der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e. V.

Tutzing/Nürnberg, im Juli 2015

Politische Bildung in der Bewährungsprobe

Extremismen, Desinteresse, Apathie und der Ruf nach der Feuerwehr

1. Einleitung

Die Frage nach der Resilienz, also der Widerstandskraft, der Staatsform Demokratie stellt sich in der Europäischen Union immer mehr.¹ Ein Teil der Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird mit (Rechts-)Extremismus einerseits sowie einem abnehmenden Interesse der Öffentlichkeit an Politik andererseits konfrontiert. Wie widerstandsfähig kann eine Demokratie gegenüber Extremismen sein, wenn Teile der Öffentlichkeit die Demokratie als zunehmend ineffizient wahrnehmen und ihre Repräsentanten als unfähig empfinden? Wie kann sich eine Demokratie gegen das wachsende Desinteresse eines nennenswerten Teils der Bürgerschaft und den Missbrauch ihrer Gewährleistungen durch die Feinde der Demokratie wappnen? Wie sichert man den Fortbestand nicht nur des äußeren Erscheinungsbildes, sondern auch des Wesenskerns einer Demokratie? Einfache Antworten auf diese Fragen gibt es nicht. Sicher scheint nur eines: Die politische Bildung spielt bei der Bewältigung dieser Herausforderungen eine wichtige Rolle.

Bereits am Ausgangspunkt dieser Aufgabe stehen Diagnosen und klare Festlegungen: Dazu gehört die Feststellung, dass der Verdruss an der Politik und die Unzufriedenheit mit Politikern eben nicht nur auf Vermittlungsprobleme zurückzuführen sind. Selbst wenn der Erfolg von Angela Merkel scheinbar anderes nahelegt: Die Entpolitisierung der Politik ist nicht die richtige

Strategie, um das Vertrauen der Bevölkerung (zurück) zu gewinnen. Wenn Wähler den Eindruck bekommen, dass ihnen Politik nur vorgespielt wird, wenden sie sich ab. Nicht Politik-Inszenierungen, sondern die inhaltliche Auseinandersetzung über die vielen grundlegenden Fragen unserer Zeit sind notwendig. Das jedoch ist und bleibt Aufgabe der Politiker – auf allen staatlichen Ebenen.

Politische Bildung dagegen kann und soll einen Beitrag dazu leisten, die Kluft zwischen denjenigen, die sich von der Politik abgekehrt haben, sowie den Repräsentanten des politischen Systems zu schließen. Damit ist jedoch nicht gemeint, dass sie zum Akzeptanz- und Mehrheitsbeschaffer für konkrete politische Maßnahmen oder die politischen Ziele einzelner Politiker werden soll. Vielmehr geht es darum, durch politische sowie politisch-historische Bildung das Hintergrund- und Strukturwissen zu vermitteln, das erforderlich ist, um die Rahmenbedingungen für die europäisierte und globalisierte Politik des 21. Jahrhunderts mit ihren vielfältigen Herausforderungen durch internationale Kriege, (Wirtschafts- und Finanz-)Krisen sowie die Rasanz der technologischen Entwicklung auch nur annähernd zu verstehen. Politische Bildungsarbeit zielt nicht darauf ab, alle Bürgerinnen und Bürger in einen politischen „Dauermodus“ zu versetzen. Ziel muss es aber sein, die Konsequenzen der Voegelin'schen Diagnose klar zu machen: Eric Voegelin mahnte, dass Demokratie eben kein Schlaraffenland sei, in dem den Bürgern ohne ihr eigenes Zutun eine handlungsfähige, demokratisch legitimierte Regierung ebenso in den Mund fliege wie Rechtsstaatlichkeit und Teilhaberechte.² Eine Mahnung, die nicht zuletzt die Arroganz all derjenigen entlarvt, die anscheinend erst dann bereit sind, sich wenigstens zum Wählen aufzuraffen, wenn die politische Inkarnation von „Mister Right“ zur Wahl antritt.

Dadurch, dass politische Bildung Urteilsfähigkeit stärkt und damit auch vor Heilserwartungen schützt, trägt sie zur Resilienz der Demokratien bei. Wie sie diesen Beitrag unter welchen Voraussetzungen leisten kann, wird nachfolgend genauer betrachtet.

2. Die Rückkehr von Rechtsextremismus und Populismus in die demokratischen Gesellschaften der Europäischen Union

Es lohnt, einen Blick auf die politische und gesellschaftliche Realität in einem einzelnen Mitgliedsstaat der Europäischen Union, nämlich Frankreich, zu werfen. Die Entwicklung der Popularität des Front National in den vergangenen sechs Jahren zeigt, was geschehen kann, wenn es den politisch Verantwortlichen nicht gelingt, angemessen sowohl auf (zum Teil völlig überzogene) Erwartungen als auch auf die Ängste ihrer Bürger zu reagieren. Nicht erst die Département-Wahlen vom März 2015 zeigen, wie groß die Unzufriedenheit der französischen Wählerinnen und Wähler mit den etablierten Parteien ist. Wie bereits bei den Europawahlen 2014 konnte der Front National im ersten Wahldurchgang bei den Département-Wahlen 2015 rund 25 Prozent, beim zweiten Wahlgang immerhin noch rund 22 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen.³ Im Gegensatz zu den Europawahlen blieb er dieses Mal jedoch hinter der konservativen UMP zweitstärkste Partei. Dennoch weist auch diese Wahl ein Symptom auf, das neben dem guten Abschneiden des Front National inzwischen geradezu typisch für französische Wahlen erscheint, nämlich die sehr niedrige Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent.⁴

Ausgerechnet eine der ältesten Demokratien Europas⁵ wird angesichts eines um sich greifenden Krisengefühls anfällig für einfache „Lösungen“: In einer Umfrage aus dem Jahr 2013 gaben 87 Prozent der befragten Franzosen an, Frankreich brauche einen „wahren Chef, der für Ordnung sorgt“ („un vrai chef pour remettre de l'ordre“).⁶ Der Politikwissenschaftler Alain Duhamel wertet die Ergebnisse solcher Umfragen als Symptom einer „verwundeten Nation“.⁷

Auf diesem Boden der Verunsicherung wächst gerade demokratiefeindliches Gedankengut besonders gut. Dabei ist die allmähliche Enttabuisierung rechtsextremen, migrantenfeind-

lichen und national-identitären Gedankengutes keineswegs eine Erfindung des Front National.⁸ Auch der Vorsitzende von „Les Républicains“ (das ist die bisherige UMP), der frühere Staatspräsident Nicolas Sarkozy, schürte und schürt die Ressentiments gerade der Menschen, die sich selbst als Modernisierungsverlierer wahrnehmen. Eine schlechte Wirtschaftslage und die hohe Staatsverschuldung von 95 Prozent in Relation zum französischen Bruttoinlandsprodukt⁹, viele Arbeitslose¹⁰, Kaufkraftverlust, Deindustrialisierung, die geschürte Angst vor dem Islam und die Sorgen um die Folgen von Globalisierung und Liberalisierung tragen dazu bei, dass sich (rechts-)extreme Positionen verfestigen. Hinzu kommen eine andauernde Krise des französischen Parteiensystems sowie die interne Zerstrittenheit der demokratischen Parteien. Beides ermöglicht es dem Front National, seine Anfeindungen gegen die als „Systemparteien“ verunglimpften etablierten französischen Parteien zu untermauern und sich den ohnehin desillusionierten Bürgern als Alternative zur vermeintlichen Ununterscheidbarkeit der angeblich korrupten politischen Elite zu präsentieren.¹¹

Diese Probleme der französischen Demokratie können auch andere Mitgliedstaaten treffen, gerade auch solche, die eine weniger lange Demokratie- und Verfassungsgeschichte wie die Grande Nation haben. Schließlich ist nicht zu übersehen, dass rechte und rechtspopulistische Politiker die Zuwanderungsdebatte in verschiedenen Staaten für sich nutzen und große Erfolge beim Werben um Wähler und Sympathisanten erzielen.¹²

3. Die kollektive Blindheit der deutschen Gesellschaft im Fall des NSU

Mit einem Problem ganz anderer Art muss sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit auseinandersetzen. Hier ist das Problem (zumindest bislang) nicht eine rechtsausgerichtete Partei, die sich allmählich sogar in der Mitte der Gesellschaft etabliert. Vielmehr musste sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit den

Vorwurf gefallen lassen, blind gewesen zu sein, als es um das Erkennen und Wahrnehmen von rechtsextremer Gruppierungen und rechtsextremistisch motivierter Gewalt ging. Dass es der sogenannte „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) war, der eine ganze Mordserie sowie zahlreiche Anschläge und Raubüberfälle begangen hatte, wurde eher zufällig entdeckt. Über Jahre hinweg hatten Sicherheitsbehörden, Medien und Öffentlichkeit die tatsächlich aus einer fremdenfeindlichen Gesinnung heraus begangenen Morde an Bürgern ausländischer Herkunft als sogenannte „Döner-Morde“ verharmlost und zugleich den Anschein erweckt, die ermordeten ausländischen Kleinunternehmer seien selbst in ein kriminelles Umfeld verstrickt gewesen.

Nach dem Aufdecken des NSU wurden vor allem die bundesdeutschen Sicherheitsorgane und deren föderale Organisation als Ursache für die zahlreichen Versäumnisse und Fehleinschätzungen ausgemacht. Diese Fehleranalyse erscheint einseitig. So stellte etwa der Extremismusexperte Armin Pfahl-Traugher fest, das Problem der Ermittlungsbehörden sei nicht die fehlende Abstimmung untereinander gewesen, sondern vor allem eine völlige „Fehlfixierung“, was die Formation der rechtsextremen Gruppierung NSU betreffe.¹³ Demnach sei es vor allem die Fixierung auf bereits bekannte Charakteristika und das Versagen im Erkennen von neuen Merkmalen dieser Gruppierung gewesen, die die Ermittlungsarbeit an ihrem Erfolg hinderte.¹⁴

Dieses Erkenntnisversagen betrifft aber nicht nur die Sicherheitsorgane, die mit der Aufklärung der Morde beschäftigt waren, sondern einen großen Teil der bundesdeutschen Öffentlichkeit: Politiker, Journalisten, aber vor allem auch die breite Öffentlichkeit.¹⁵ Auch sie neig(t)en zu einem Bild vom typischen Migranten, in das die Ermittlungsergebnisse der „Dönermord“-Kommission anscheinend gut passten. Alternative Erklärungen wurden daher von der Mehrheitsgesellschaft nicht eingefordert.

Auch die NSU-Morde führen deshalb zu der Frage nach der Relevanz „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ einerseits¹⁶ und nach einer angemessenen Form der gesellschaftlichen

Auseinandersetzung mit Extremismen und Gewalt als gesellschaftspolitischen Phänomenen andererseits. Eine Debatte, wie Medien, Schulen und Bildungseinrichtungen darauf sinnvoll reagieren können, gab es auch im Zusammenhang mit den NSU-Morden nur sporadisch. Hier ist vor allem sowohl die schulische als auch die außerschulische politische Bildung gefragt.¹⁷

4. Vier Dimensionen der Veränderung von Politik und Gesellschaft

Die Relevanz politischer Bildung für die Resilienz moderner Demokratien spielt jedoch nicht nur im Zusammenhang mit dem Aufkommen von Extremismen eine wichtige Rolle. Neben dem Extremismus ist die Demokratie in weiten Teilen der Europäischen Union noch durch eine ganz andere Erscheinung bedroht: das zunehmende Desinteresse gegenüber politischen Prozessen und Politik, das nicht selten in Apathie mündet.

Weite Teile der Bevölkerung scheinen das Vertrauen in die Politiker und das politische System zu verlieren: In einer Umfrage aus dem Jahr 2012 gab nur ein Viertel der Befragten an, Vertrauen in die Arbeit der Mitglieder des Deutschen Bundestages zu haben.¹⁸ Viele Bürger schätzen darüber hinaus die Fähigkeiten von Volksvertretern geradezu verächtlich gering: Nur 24 Prozent gingen davon aus, dass für ein Mandat große Fähigkeiten erforderlich seien. Der Verlust der Glaubwürdigkeit des politischen Personals scheint dabei in einem direkten Zusammenhang zu Veränderungen in Politik und Gesellschaft zu stehen. Diese Veränderungen beziehen sich auf vier Dimensionen: die sachliche, die territoriale, die zeitliche und die gesellschaftliche Dimension.

Auf der sachlichen Ebene sehen wir die wachsende Interdependenz und Technisierung bzw. Verwissenschaftlichung politischer Entscheidungen. Beispielsweise setzen die Digitalisierung und die damit verbundene sogenannte vierte industrielle Revolution (Industrie 4.0) erstmals auch Hochqualifizierte unter Druck. Diese Herausforderungen wirken sich längst nicht

nur auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik aus, sondern stellen ganz neue Herausforderungen nicht zuletzt auch an die Bildungspolitik. Zugleich ist der Sachverstand der Bürger gefordert: Um die politischen Steuerungsversuche verstehen und beurteilen zu können, ist immer mehr und immer wieder neues Hintergrundwissen erforderlich.

Die Hürden der Interdependenz werden durch die Europäisierung und Globalisierung, also die territoriale Dimension, noch weiter gesteigert. Die Abhängigkeit nationaler politischer Entscheidungen von internationalen Vorgaben und Einflüssen potenziert die Komplexität dieser Entscheidungen. Das zeigt sich besonders dramatisch in der aktuellen Flüchtlings- und Asylpolitik: Die Ursachen von Krieg und Bürgerkrieg werden zwar durch deren Wirtschafts-, Umwelt- und Sicherheitspolitik auch in den westlichen Staaten gelegt; aber dennoch: Nicht einmal im Verbund der europäischen Mitgliedstaaten kann die bundesdeutsche Politik die Zahl der Flüchtlinge nennenswert beeinflussen. „Niemand glaubt mehr, dass wir in einer Ausnahmephase leben; fast keiner wagt mehr zu hoffen, dass sich die Araber alsbald befrieden oder dass Putin demnächst seine Kraft auf die Modernisierung Russlands wirft und aufhört, seine Nachbarn zu provozieren.“¹⁹ Und selbst die Aufteilung von Asylsuchenden innerhalb der Europäischen Union klappt trotz des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), das seit Mitte 2015 zumindest für annähernd gleiche Standards im Asylverfahren sorgen sollte, nicht. Nach wie vor sind die auch geografisch bedingten Interessensunterschiede bei der Flüchtlingsaufnahme zu groß.

Parallel dazu sehen sich die beteiligten Akteure durch die Beschleunigung von politischen Prozessen unter immensen Zeit- und Handlungsdruck gesetzt. Die Kombination und Dimension dieser inhaltlichen Herausforderungen sind es, die es aus der Sicht der Bürger zunehmend schwieriger und unattraktiver macht, sich selbst politisch zu beteiligen. Politik erscheint vielen Bürgern immer weiter von ihrem eigenen Leben entfernt;

„das neue Gesicht der Politikverdrossenheit“, so Juli Zeh, „ist der Glaube, dass Politik im 21. Jahrhundert nicht mehr existiert“.²⁰ Diesem Gefühl entspricht auch der Eindruck eines großen Teils der Öffentlichkeit, wonach es irrelevant ist, welche Parteien oder Kandidaten man wählt.

Nach Wahrnehmung dieses Teils der Bevölkerung werden wichtige politische Entscheidungen außerhalb der klassischen staatlichen und supranationalen Institutionen getroffen. Das „essentielle Versprechen der Demokratie“²¹, demzufolge die demokratisch legitimierte Institutionen und Amtsinhaber auch den notwendigen Handlungsspielraum besitzen, um Einfluss auf die Gestaltung des Gemeinwesens nehmen zu können, wird damit untergraben.

Will man diesen Ohnmachtsgefühlen der Bürger entgegenwirken, hilft es nicht, konfliktgeladene Themen auszuklammern. „Offensichtlich wollen die führenden Politiker die Leute nicht mit der eigenen Verunsicherung verunsichern. Die Folgen könnten unabsehbar sein, denken sie.“²² Doch das Ausklammern von Themen weckt erst Recht die Zweifel an der Beständigkeit und Handlungsfähigkeit der repräsentativen demokratischen Ordnung der Bundesrepublik. Diese Zweifel überträgt die Bevölkerung unweigerlich auf die Personifizierung dieser Ordnung, also die Abgeordneten. Das Nichtthematisieren der schier unlösbaren (internationalen) Herausforderungen fördert den Eindruck, dass die demokratisch besetzten Institutionen und das politische Personal sich unbedarft auf gefährliche Spiele einlassen, deren Folgen sie nicht abschätzen können. Und in der Folge werden nicht nur die Relevanz der Wahlentscheidung, sondern sogar die Mechanismen des demokratischen Systems selbst in Frage gestellt. Geschieht dies, dann beeinträchtigt dies die Resilienz, die Widerstandsfähigkeit einer Demokratie ganz gravierend.

Zu diesen inhaltlichen Herausforderungen, denen sich die Demokratien gegenüber sehen, kommen die gesellschaftliche Ausdifferenzierung bzw. sogar die Segmentierung der Gesell-

schaft als Folgen des demografischen und technischen Wandels sowie der veränderten Lebensformen hinzu. Dieses Auseinanderdriften zeigt sich auf mehreren Ebenen.²³

- Die herkunftsbedingten Unterschiede in den Schul- und Berufslaufbahnen der Angehörigen verschiedener gesellschaftlicher Schichten werden durch Veränderungen im Heiratsverhalten tendenziell verfestigt;
- gerade in Großstädten bildet sich ein segregierter Wohnungsmarkt heraus;
- Form und Ausmaß der Nutzung der Medien wie auch der politischen Partizipation klaffen vor allem schichtbedingt zunehmend auseinander. So zeigt die kleinräumige Analyse von Wahlergebnissen bei vielen Landtagswahlen einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung in den verschiedenen Wohnvierteln und der Inanspruchnahme von SGB II-Leistungen (vulgo: Hartz IV).²⁴

Diese ohnehin schon dynamischen Prozesse innerhalb moderner Gesellschaften werden durch die Auswirkungen der digitalen Revolution weiter verstärkt. Infolge der Digitalisierung tritt an die Stelle herkömmlicher Gesellschaftsanalyse, die sich darauf konzentrierte, wie sich soziale Gruppen durchschnittlich verhalten, die Möglichkeit, die dann „granulare“ Gesellschaft in all ihren Details zu erfassen.²⁵ Aus Unmengen von Daten können mathematische Schlüsse gezogen werden, die wiederum das Verhalten der einzelnen Gesellschaftsmitglieder nicht nur nachvollziehbar machen, sondern auch künftiges Verhalten beeinflussen.

5. Die Spaltung des Demos

Die genannten Rahmenbedingungen und deren Veränderungen stehen in einer Wechselbeziehung zur Neigung von Bürgern zur politischen Teilhabe. Teilhabefähigkeit und Teilnahmebereitschaft von Bürgern sind unterschiedlich ausgeprägt; der Demos spaltet sich in vier verschiedene Gruppen.²⁶ Die erste

Gruppe, deren Größe inzwischen bereits circa 30 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung ausmacht, ist die Gruppe der „Nichtteilnehmer“. Diese zeichnen sich durch Apathie, Desinteresse und/oder geringe Erwartungen gegenüber der Politik aus. Sie sind der Auffassung, dass Politik ihr Leben nicht positiv zu beeinflussen vermag und bringen weder Zeit noch Interesse für öffentliche Belange auf. Der zweiten Gruppe der (urteilsfähigen) „Zuschauer“ (Manfred G. Schmidt) bzw. der „Normalbürger“ (Paul Ackermann) kommt es zwar auch auf den Unterhaltungswert von Politik an, das Interesse an Informationsbeschaffung ist aber ausgeprägt. Diese Gruppe, die circa 40 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung umfasst, nimmt im Gegensatz zu den „Nichtteilnehmern“ regelmäßig an Wahlen teil, besitzt politische Urteilskraft und erfüllt die Anforderungen an die Rolle des Bürgers in der repräsentativen Demokratie.²⁷ Die gebildete und politisch interessierte Bürgerschicht, die Manfred G. Schmidt als „Citoyens“ und Paul Ackermann als „Aktivbürger“ bezeichnet, vertritt ihre Interessen nicht nur über das repräsentative System, sondern auch mittels direktdemokratischer Partizipationsformen und zielt über verschiedene Formen der Beteiligung sowie die Mitgliedschaft in Parteien, Großverbänden oder Bürgerinitiativen auf politische Selbstbestimmung ab. Der Anteil dieser dritten Gruppe an der Gesamtbürgerschaft fällt mit circa 20 bis 25 Prozent ins Gewicht. Manfred G. Schmidt geht zudem von der Wirksamkeit einer weiteren sehr kleinen Gruppe aus, die er als „Gladiatoren“ bezeichnet. Hier handelt es sich um Aktivisten (circa 5 Prozent) mit sehr hohen Anforderungen an die Demokratie und an ihre eigene politische Wirksamkeit. Im Unterschied zu Schmidt schlägt Paul Ackermann keine zusätzliche Kategorie am Rand der Skala vor, sondern eine Ergänzung in deren Mitte: Seinen Typus des „interventionsfähigen“ Bürgers siedelt er zwischen dem „Zuschauer“ und dem „Aktivbürger“ an. Solche Aktivbürger interessieren sich für neue Formen des bürgerlichen Engagements: Durch die Übernahme von Verpflichtungen und Ehrenämtern, zum Beispiel bei der Aufnahme von Flüchtlingen,

verknüpfen sie ihr (gesellschafts-)politisches Interesse mit einer für sie sinnerfüllenden Tätigkeit.

Die genannten Gruppen dürften in den meisten westlichen Demokratien, wenn auch in jeweils unterschiedlicher Stärke, anzutreffen sein. Und allen westlichen Demokratien ist ebenfalls gemein, dass die Gruppe der „Nichtteilnehmer“ eine Herausforderung für das politische System darstellt. Problematisch erscheint deren Neigung zur Apathie, die ihrerseits das Aufkeimen von Extremismus ermöglicht. Mit Blick auf die erwähnten Größenordnungen sollte nicht übersehen werden, dass die Gruppe der Nichtteilnehmer kontinuierlich Zuwachs von Seiten der zweiten Gruppe, also der „Normalbürger“ bzw. „Zuschauer“, erhält: Selbst das sogenannte Bildungsmilieu suhlt sich in der eigenen politischen Abgeklärtheit, und die Tatsache, dass sich die „Reste von Sachpolitik aufgelöst haben wie in einer homöopathischen Zuckerlösung, weil es nur noch um Äußerlichkeiten geht, um Fingerhaltungen, Halsketten und die Frage, wie einer ‚ankommt‘ und nicht, ob er etwas zu sagen hat“, treibt neben den politischen Bildnern auch Schriftsteller(innen) um.²⁸

Hier handelt es sich um Herausforderungen des gesamten demokratischen Systems, denen auf verschiedenen Ebenen zu begegnen ist. Einerseits individuell im eigenen unmittelbaren Umfeld: Für die Gleichheit und die Achtung jedes Menschen als freie und autonome Person muss jeder und jede Einzelne eintreten. Und jeder hat die Bürgerpflicht, Stellung zu beziehen gegen Feindbilder jeder Art. Andererseits mittels Institutionen und Verfahren, die aber ebenfalls nur auf der Basis einer politisch gebildeten und politisch urteilsfähigen Bürgerschaft funktionieren. Eine Demokratie braucht Demokraten, die sich für diese Demokratie interessieren, für sie einsetzen und für sie unter Umständen sogar kämpfen. Eine Demokratie kann sich nicht auf ihren Errungenschaften ausruhen. Auf dieser Einsicht basiert das Bayerische Landesgesetz zur Errichtung der Akademie für Politische Bildung vom Ende der 1950er Jahre.²⁹

6. Der Ruf nach der Feuerwehr – Politische Bildung als Allheilmittel?

An dieser Stelle muss jede politische Bildungsarbeit ansetzen. Dabei geht es nicht darum, aus allen Bürgern „Citoyens“ zu machen. Das würde nicht nur die Leistungsfähigkeit der politischen Bildner, sondern vor allem die der Bürger überfordern. Politische Bildung soll die Bürger und Bürgerinnen dabei unterstützen, sich politische Urteilsfähigkeit und Urteilskraft zu erarbeiten, und politische Bildung soll zur Teilhabe an der politischen Debatte befähigen und motivieren.³⁰ Diese Funktionen sind in einer modernen Mediendemokratie wichtiger denn je. Zentral für die politische Urteilsbildung ist das Vorhandensein von Orientierungs- und vor allem von sogenanntem Deutungswissen.³¹ Dieses Orientierungs- und Deutungswissen wird in der digitalen Mediengesellschaft gerade nicht durch die bloße Verfügbarkeit von Informationen erreicht. Recherchefähigkeiten allein reichen eben nicht aus, um politische Inhalte verstehen und konkurrierende politische Lösungen beurteilen zu können. Tatsächlich bedeutet „politische Bildung [...] kritische Aneignung“.³²

Mit Orientierungs- und Deutungswissen in Sachen Demokratie und politisches System war es in der Bundesrepublik noch nie besonders gut bestellt. So diagnostizierte Ernst Fraenkel bereits im Deutschland der 1960er Jahre eine große Kluft zwischen der „gelebten und der vermuteten Verfassung“. Es stimmt: Eine Mehrheit der Deutschen irrt bezüglich der wesentlichen Ausprägungen unseres Regierungssystems und misst dieses wie die gesamte Politik an Maßstäben, die dem bundesdeutschen Regierungssystem nicht angemessen sind, sondern – wenn überhaupt – eher an das US-amerikanische System erinnern. Unsere Politiker verhalten sich demzufolge nach Regeln, die ein größerer Teil der Bürger – aus Unkenntnis – für falsch hält.³³ Demokratie ist also nicht nur auf die Qualität der Amtsinhaber angewiesen. Sie hängt vielmehr auch von der Urteils- und Auswahlfähigkeit derjenigen ab, die den Amtsinhabern ihr Vertrauen aussprechen

und sie in die Ämter wählen. Nicht die Institutionen und die Politiker stellen eine Gefährdung der Demokratie dar (wie mancher zu wissen meint). Nicht minder gefährlich für die Substanz der Demokratie sind das in der Gesellschaft verbreitete Unwissen bzw. das Halbwissen und die daraus resultierenden Fehlurteile.

Und natürlich hat politische Bildung auf den (demografischen) Wandel der Gesellschaft zu reagieren: Sie muss nicht nur den Wunsch der Älteren und Alten nach aktiver Teilhabe in ihre Konzepte aufnehmen. Vielmehr hat sie besonders auch die Aufgabe, die Artikulationsfähigkeit und damit die Hörbarkeit der Mitglieder der heranwachsenden Generation zu stärken, und zwar sowohl derjenigen mit einer deutschen als auch derjenigen mit einer ausländischen Familiengeschichte. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, dass gerade junge Menschen die Erfahrung machen, dass sie als Teil dieser Gesellschaft durch ihr eigenes Engagement und Verhalten aktiv zur Entwicklung dieser Gesellschaft beitragen. Demokratie- und Politiklernen beginnt also bereits in der Schule, dem Verein oder zum Teil auch in der Ausbildung und am Arbeitsplatz.

7. Schlussbemerkung

Verfehlen Gesellschaft, Politik, politische Bildung und jeder bzw. jede Einzelne die genannten Ziele, besteht die Gefahr, dass immer mehr Bürger sich auf die Rolle von „Zuschauern“ oder von „Nichtteilnehmern“ zurückziehen. Die damit verbundene Selbstwahrnehmung, selbst keine politische oder gesellschaftliche Rolle zu spielen und für das (kommunale) Gemeinwesen ohne jegliche Bedeutung zu sein, fördert wiederum das Gefühl von Ausgrenzung und begünstigt so das Aufkeimen von Extremismus.³⁴ Deshalb ist es wichtig, dass Menschen, vor allem junge Leute, das Gefühl vermittelt bekommen, auf ihre schulische, berufliche oder sonstige Umgebung Einfluss nehmen zu können. Dies ist der Nährboden für interessierte, mit politischer Urteilskraft ausgestattete Bürgerinnen und Bürger.

Eignet sich die politische Bildung als „Gegengift“ gegen die Bedrohungen der Demokratie durch Extremismus, Populismus und Apathie? Gewiss. Jedoch kann politische Bildung kein Allheilmittel sein. Dem Verdruss über die Politik und die Politiker müssen zunächst die Politiker selbst entgegenwirken. Demokratie braucht Responsivität und den Mut zur Kontroverse.³⁵ Der politischen Bildung bleiben genügend eigene Aufgaben: Jede einzelne von ihnen erscheint groß, vor allem dann, wenn man sie in ein Verhältnis zu den verfügbaren Ressourcen stellt. Was sicherlich nicht funktioniert, ist der Einsatz der politischen Bildung als eine Art Feuerwehr, schließlich kann sie auf keinen Fall kurzfristig, sondern höchstens langfristig funktionieren. Und schon gar nicht kann sie ihre vermeintliche „Löschfunktion“ erfüllen, wenn ihr das Wasser dafür fehlt – also die Schulstunden, das Geld, die Institutionen, aber auch die Zeit des politischen Personals für Austausch und Diskurs.³⁶

Anmerkungen

- 1 Zur „Karriere“ des Begriffs Resilienz vgl. Bonß 2015.
- 2 Vgl. Voegelin 2008: 25.
- 3 Vgl. Data.gouv.fr 2015a und 2015b.
- 4 Vgl. ebd.
- 5 Vgl. Kaelble 2001.
- 6 Vgl. Courtois 2013; die Umfrage wurde in den französischen Medien mit Blick auf ihre Repräsentativität aber sehr kritisch diskutiert (vgl. L'Observatoire des sondages 2013).
- 7 Vgl. Brändle 2013.
- 8 Kallinich 2015.
- 9 Zum Vergleich: Deutschland liegt bei circa 75 Prozent, Italien bei circa 130 Prozent.
- 10 Circa 3,5 Millionen Arbeitslose, das entspricht einer Arbeitslosenquote von mehr als 10 Prozent.
- 11 Vgl. Walther 2014.
- 12 Vgl. Kahlweit 2015.
- 13 Vgl. Pfahl-Traughber 2012.
- 14 Vgl. Bug/Röllgen/Münch 2012.
- 15 Vgl. Bug/Röllgen/Münch 2012: 147 ff.
- 16 Vgl. Heitmeyer 2002–2011.

- 17 Vgl. Wenzel/Rosenzweig/Eith 2015.
- 18 Vgl. Institut für Demoskopie 2012.
- 19 Ulrich 2015: 1.
- 20 Zeh 2014.
- 21 Jörke 2005.
- 22 Ulrich 2015: 2.
- 23 Vgl. Huinink/Schröder 2014.
- 24 Vgl. Schäfer 2015.
- 25 Vgl. Kucklicks 2014.
- 26 Siehe dazu Dameris 2012.
- 27 Vgl. Ackermann 1999.
- 28 Menasse 2015: 14.
- 29 Vgl. Oberreuter 2007.
- 30 Vgl. Münch 2012.
- 31 Vgl. Detjen 2007: 310.
- 32 Jesse/Liebold 2011: 519.
- 33 Vgl. Patzelt 2011.
- 34 Vgl. Bauer 2011: 113 ff.
- 35 Vgl. Münch 2015: 63.
- 36 Vgl. Münch 2014: 351.

Literatur

- Ackermann, Paul* (1999): Der interventionsfähige Bürger als zukunftsfähiges Leitbild. Wie sollen die Bürger sein und was sind sie? Politische Leitbilder und Partizipationsmöglichkeiten, in: *Der Bürger im Staat* 49 (3/1999), S. 170–173 (auch online unter: www.buergerimstaat.de/3_99/zivilgesellschaft.pdf – letzter Zugriff: 19.06.2015).
- Bauer, Joachim* (2011): *Schmerzgrenze. Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt*, München.
- Bonß, Wolfgang* (2015): Karriere und sozialwissenschaftliche Potenziale des Resilienz-begriffs, in: *Martin Endreß / Andrea Maurer (Hrsg.), Resilienz im Sozialen. Theoretische und empirische Analysen*, Wiesbaden, S. 15–31.
- Brändle, Stefan* (2013): Die Grande Nation hat den Blues, in: *DerStandard.at* vom 13. Juli 2013 (online unter: www.derstandard.at/1373512512318/Die-Grande-Nation-hat-den-Blues – letzter Zugriff: 23.06.2015).
- Bug, Mathias / Röllgen, Jasmin / Münch, Ursula* (2012): Föderalismus als Problem – Föderalismus als Lösungsansatz: Eine erste Aufarbeitung im Kontext des Skandals um die rechtsextremen Gewalttaten von Mitgliedern des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), in: *Jahrbuch des Föderalismus 2012. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa*, hrsg. vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen, Baden-Baden, S. 138–152.
- Courtois, Gérard* (2013): Les crispations alarmantes de la société française, in: *Le*

- Monde vom 24. Januar 2013 (online unter: www.lemonde.fr/politique/article/2013/01/24/les-crispations-alarmanantes-de-la-societe-francaise_1821655_823448.html – letzter Zugriff: 23.06.2015).
- Dameris, Carolin* (2012): Bürger Begehren. Technologische Innovationen als gesellschaftliche Herausforderung, in: Akademie für Politische Bildung (online unter: www.apb-tutzing.de/news/2012/buerger-begehren.php – letzter Zugriff: 23.06.2015).
- Data.gouv.fr* (2015a): Elections départementales 2015 – Résultats tour 1 (online unter: www.data.gouv.fr/fr/datasets/elections-departementales-2015-resultats-tour-1/ – letzter Zugriff: 23.06.2015).
- Data.gouv.fr* (2015b): Elections départementales 2015 – Résultats tour 2 (online unter: www.data.gouv.fr/fr/datasets/elections-departementales-2015-resultats-tour-2/ – letzter Zugriff: 23.06.2015).
- Detjen, Joachim* (2007): Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland, München / Wien.
- Heitmeyer, Wilhelm* (Hrsg.) (2002–2011): Deutsche Zustände, Folge 1–9, Frankfurt / Berlin.
- Hoiden-Borchers, Andreas / Vornbäumen, Axel* (2012): (Nichts-)Wissen ist Macht, in: Stern, Nr. 31 vom 26. Juli 2012, S. 52–57.
- Huinink, Johannes / Schröder, Torsten* (2014): Sozialstruktur Deutschlands, 2., überarb. Aufl., Stuttgart
- Institut für Demoskopie Allensbach* (2012): Die Sehnsucht nach politischer Orientierung. Eine Dokumentation des Beitrags von Thomas Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Nr. 119 vom 23. Mai 2012 (online unter: www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsndocs/Mai12_Orientierung.pdf – letzter Zugriff: 23.06.2015).
- Ipsos* (2013): La fondation Jean Jaurés et le difussé, in: Sondage Ipsos Public Affairs pour le Monde (online unter: www.ipsos.fr/ipsos-public-affairs/actualites/2013-01-24-france-2013-nouvelles-fractures – letzter Zugriff: 21.04.2015).
- Jesse, Eckhard / Liebold, Sebastian* (2011): Politikwissenschaft in Deutschland. Trends, Herausforderungen, Perspektiven, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 21 (3/2011), S. 511–526.
- Jörke, Dirk* (2005): Auf dem Weg zur Postdemokratie, in: Leviathan – Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft 33 (4/2005), S. 482–491.
- Kaelble, Hartmut* (2001): Wege zur Demokratie: Von der Französischen Revolution zur Europäischen Union, Stuttgart.
- Kahlweit, Cathrin* (2015): Der Quotenkiller, in: Süddeutsche Zeitung vom 13./14. Mai 2015, S. 7.
- Kallinich, Daniela* (2015): Familienstreit im Front National, in: Göttinger Institut für Demokratieforschung vom 9. April 2015 (online unter: www.demokratie-goettingen.de/blog/familienstreit-im-front-national – letzter Zugriff: 23.06.2015).
- Kucklicks, Christoph* (2014): Die granulare Gesellschaft. Wie das Digitale unsere Wirklichkeit auflöst, Berlin.
- L'Observatoire des sondages* (2015): Misère de la politologie (2) (online unter: www.observatoire-sondages.fr/

- observatoire-des-sondages.org/Misere-de-la-politologie-2 – letzter Zugriff: 19.06.2015).
- Linden, Markus* (2012): Eine bessere Demokratie durch neue Formen politischer Partizipation? (online unter: www.bpb.de/147764/eine-bessere-demokratie-durch-neue-formen-politischer-partizipation?p=all – letzter Zugriff: 18.06.2015).
- Menasse, Eva* (2015): Lieber aufgeregt als abgeklärt. Essays, Köln.
- Münch, Ursula* (2012): Politische Bildung und die Misere von Politik und Politikwissenschaft, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 22 (3/2012), S. 449–457.
- Münch, Ursula* (2014): Dialog und kritische Aneignung. Die Leistung der politischen Bildung für die politische Praxis, in: Außerschulische Bildung 45 (4/2014), S. 345–351.
- Münch, Ursula* (2015): Die Enttäuschten? Was Bürger von Parteien erwarten, in: Die Politische Meinung 60 (2015), Nr. 530, S. 60–64.
- Oberreuter, Heinrich* (Hrsg.) (2007): Politische Bildung im Wandel der Zeit. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, München.
- Patzelt, Werner J.* (2011): Demokratie – Integration – Bildung: Was kann schiefgehen, was ist zu tun?, in: Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hrsg.), Herausforderung Demokratie, Baden-Baden, S. 47–59.
- Pfahl-Traubher, Armin* (2012): Forschungsstand und Forschungslücken – eine bilanzierende Einschätzung nach der Aufdeckung der NSU-Serienmorde, in: Bundeskriminalamt (Hrsg.), Bekämpfung des Rechtsextremismus. Eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, Köln, S. 31–49.
- Schäfer, Armin* (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt/M.
- Ulrich, Bernd* (2015): Warum sagen sie nicht, was ist?, in: Die Zeit, Nr. 18 vom 29. April 2015, S. 1–2.
- Voegelin, Eric* (2008): Demokratie im neuen Europa. Rede anlässlich des Festakts zur Eröffnung der Akademie für Politische Bildung am 21. Februar 1959, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Über die Freiheit. Festvorträge zur Gründung und zu den Jubiläen der Akademie. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, München, S. 25–35.
- Walther, Rudolf* (2014): Alles, nur kein Erdbeben. Der Erfolg des rechten Front National bei der Europawahl war keine Überraschung. Schon seit 12 Jahren lässt sich sein Aufstieg beobachten, in: TAZ vom 23. Juni 2014 (online unter: www.taz.de/!5039452/ – letzter Zugriff: 23.06.2015).
- Wenzel, Uwe / Rosenzweig, Beate / Eith, Ulrich* (Hrsg.) (2015): Rechter Terror und Rechtsextremismus. Aktuelle Erscheinungsformen und Ansätze der politischen Bildungspraxis, Schwalbach/Ts.
- Zeh, Juli* (2014): Falsch und Gefährlich, in: Der Spiegel, Nr. 27 vom 30. Juni 2014, S. 15.

Das Politische als Kern der Politischen Bildung

1. Einleitung

Über Begriff, Dimensionen oder gar den Kern der Politik lässt sich – eigentlich überraschenderweise – noch immer streiten; wahrscheinlich, im Alltag wie in der Wissenschaft¹, auch in aller Zukunft. Die in jüngerer Zeit unter populär gewordener Berufung auf John Deweys Propagierung der Demokratie als Lebensform² – also der Transfer einer politischen Ordnungskategorie in den Alltag – wird zur Präzisierung nicht beitragen können. Das heißt nicht, dass es nicht Orientierungen, Einstellungen und Verhaltensweisen gäbe, die einer solchen Ordnung angemessener und zuträglicher wären als andere. Die politische Kulturforschung hat dies deutlich gezeigt. Aber, wie schon in den 1970er Jahren („Demokratisierung“), verbietet es sich, politische, also Herrschaftskriterien, für das Privat- und Gesellschaftsleben verbindlich zu setzen. Denn sie schränkten Alternativen und Entfaltungsfreiheiten ein, ob diese nun von bestimmten Positionen aus positiv oder negativ besetzt werden können. Folgt man allerdings einem erweiterten bis uferlosen Politikbegriff und entkleidet ihn gedankenlos des Herrschaftlichen, stellt sich diese Frage gar nicht, somit eigentlich auch nicht die nach dem Kern des Politischen. Tatsächlich gehört dieser Kern einem begrenzten Bereich des Gesellschaftlichen zu, um seine Reichweite zu begrenzen und mit ihr die Macht, mit der das Individuum konfrontiert ist. Andererseits dient Bildung der Selbstentfaltung des Individuums – gerade sie! Politische Bildung dürfte daher nicht Konzepten folgen, welche den Geltungsbereich des Verbindlichen

ausweiten und damit Entfaltungsfreiheiten des Individuums eingrenzen. Denn auch – und gerade – in der Demokratie bestehen Wert- und Interessendivergenzen. „Demokratiekompetenz“³ sollte in erster Linie dazu befähigen, sie auszuhalten und mit ihnen in der Praxis angemessen umzugehen.

2. Der Kern

Seit je hat die Systemtheorie Politik als den Prozess der Herstellung allgemein verbindlicher Entscheidungen definiert. Über deren rationale und ethische Qualität ist damit noch nichts gesagt. Bekanntlich gewinnen Diktaturen – und ihnen ähnliche Systeme – verbindliche Regeln in kurzen und monistischen Prozessen. Demokratien unterscheiden sich davon in ihren Grundlagen, Zielen und Methoden. Akzeptable Verbindlichkeit – Legitimität – beruht auf normativen und rechtlichen Fundamenten und ethischem Handeln. Zumindest sind dies kritische Kriterien praktischer Politik, gerade auch gegenüber potenziellen Defiziten in der Auseinandersetzung der Meinungen und Interessen. In diesem Sinne ist zum Beispiel das Gemeinwohl längst als regulative und nicht als stets praktische Idee⁴ definiert worden, also als Grundannahme und Zielintention für den üblichen Streit um Alternativen: eine unverzichtbare Orientierungsgröße gegenüber ideologischen, ökonomischen oder privaten Positionen im legitimen Pluralismus. Robert A. Dahl hält den Alltagsstreit für ein Oberflächenphänomen:

„Diese politischen Auseinandersetzungen beziehen sich auf Konflikte, die nicht den Kern berühren. Was dem politischen Geplänkel vorausgeht, was ihm zu Grunde liegt, was es umschließt, begrenzt und bedingt, das ist der Konsens über die Grundlagen des eigentlich ‚Politischen‘, der im allgemeinen in jeder Gesellschaft bei der überwiegend großen Mehrheit derer besteht, die politisch aktiv hervortreten. Ohne diesen Konsensus vermag kein demokratisches System auf die Dauer die nicht abreißenden Erregungen und seelischen Belastungen zu überstehen, die nun einmal mit Wahlen und Parteikämpfen verbunden sind. Wo ein solcher Konsensus vorliegt, reduzieren sich die Auseinandersetzungen

über politische Alternativlösungen zu einer Debatte, in der eine Auswahl zwischen einer eng begrenzten Zahl von Alternativmöglichkeiten zu treffen ist – Alternativmöglichkeiten, die im weiten Bereich grundsätzlicher Übereinstimmung liegen.“⁵

Worauf aber bezieht sich dieser Kernkonsens? Die äußere Form der Demokratie ist nicht gemeint, denn sie ist im Hinweis auf alternative Positionen um die Entscheidung dessen, was gelten soll, vorausgesetzt. Kern des Politischen ist offensichtlich die Verwirklichung der Freiheit des Individuums. Denn diese ist der primäre politische Wert, nicht die Demokratie. Demokratie ist „nur“ die beste bisher bekannte Staats- und Herrschaftsordnung zur Gewährleistung der Freiheit und der mit ihr verbundenen praktischen Dimensionen individueller Selbstentfaltung. Als freiheitlich demokratische Grundordnung hat das Bundesverfassungsgericht diesen (unauflöselichen) Zusammenhang präzise definiert und inhaltlich gefüllt. Zugleich hat es ihn von qualitativ gegensätzlichen Usurpationen des Demokratiebegriffs abgesetzt. Demokratie kann sich in Wahrheit aus ihrem Zusammenhang nicht lösen. Sie ist – von ihren manipulativen Inanspruchnahmen abgesehen – nur als freiheitliche real. Insofern hat der politische Wandel nach 1989, die Ablösung der Diktaturen in Ost(mittel)europa, keine neuen Sinnfragen aufgeworfen, weil diese Demokratie als freiheitliche Sinn und Attraktivität hatte und keineswegs nur als Gegensatz zu den untergegangenen Systemen.

In den Alltagsdiskussionen – auch denen der politischen Bildung – wird Demokratie jedoch dem Anschein nach vielfach begrifflich verselbständigt oder auf Partizipation reduziert. Aber nicht jede Form der Partizipation – zum Beispiel an der alternativlosen Umsetzung von Ideologien – ist akzeptabel. Ohne in eine präzise Diskussion einzutreten: Selbst ein verdienstvolles, dreischichtiges Kompetenzmodell (Ordnung, Entscheidung, Gemeinwohl)⁶ ordnet zum Beispiel Demokratie der Ordnung, Freiheit aber dem Gemeinwohl zu, wobei in diesem Buch faktisch allerdings die demokratische Ordnung durchgängig als freiheitliche verstanden wird. Politische Bildung sollte aber –